

Vorgaben ohne jegliche Plausibilitätsprüfung – das Kraftwerkssicherheitsgesetz

geschrieben von Admin | 25. Juli 2024

Wer vor zehn Jahren fragte, wo der Strom nach Atom- und Kohleausstieg bei Dunkelheit und Windstille herkomme, bekam die Antwort: Wir werden moderne, hocheffektive Gaskraftwerke haben. Nun bedarf es fossiler Reserven auf Basis des Kraftwerkssicherheitsgesetzes. Und für die Bürger wird es noch teurer.

Von Frank Hennig

Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG)

Anfang Juli einigte sich das Kabinett in Berlin auf ein neues Gesetz. Waren vor kurzem offenbar nur Windkraftanlagen im öffentlichen Interesse, sogar wichtig für die nationale Sicherheit, braucht es jetzt Sicherheit durch fossile Kraftwerke. Das ist im Grunde logisch. Wer vor zehn Jahren fragte, wo der Strom nach Atom- und Kohleausstieg bei Dunkelheit und Windstille herkomme, bekam die Standardantwort im Brustton tiefster Überzeugung: Wir werden moderne, hocheffektive Gaskraftwerke haben.

Passiert ist in dieser Hinsicht in den vergangenen zehn Jahren allerdings so gut wie nichts. Die zur Legitimation des Atomausstiegs geschaffene und überwiegend mit fachlichen Laien besetzte Ethikkommission sprach 2011 noch von hochmodernen Kohlekraftwerken, die als Ersatz neu zu bauen wären. Dieser Gedanke wurde von steigenden Zertifikatelpreisen für CO₂ und der einsetzenden Klimapanik bald beiseite gewischt.

Die „Kommission für Wirtschaft, Strukturwandel und Beschäftigung“, besser bekannt als „Kohlekommission“, wurde zur Legitimation des Kohleausstiegs geschaffen und ebenfalls überwiegend mit fachlichen Laien besetzt. Im Abschlussbericht vom Januar 2019 findet sich der Hinweis auf neu zu bauende Gaskraftwerke. Mehr als fünf Jahre später ist auch hier so gut wie nichts passiert. Eine „Kraftwerksstrategie“ sollte dies dann regeln und bis Sommer 2023 aufgelegt werden. Es dauerte bis Februar 2024, bis zwar nicht die Strategie, aber die Eckpunkte dazu veröffentlicht wurden. Konkret wird es nun erst Ende 2024/Anfang 2025. Nach vorliegenden Erfahrungen eher später.

Nun bedarf es fossiler Reserven auf Basis des oben genannten Kraftwerkssicherheitsgesetzes. Gleichzeitig kündigt Habeck den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 offiziell auf. Das ist ein

Frontalangriff auf die grüne Energiewende-Ideologie, die bisher unterstellte, Versorgungssicherheit auch durch „Säulen“ wie Sonne und Wind herstellen zu können. Es galt die These, man könne quasi sofort aus der Kohle raus.

„Die Wissenschaft“ irrt

Noch vor zwei Jahren war das DIW selbstgewiss, dass der Kohleausstieg bis 2030 möglich bliebe. „Erneuerbare Energien können genauso versorgungssicher wie die alten, ineffizienten und unflexiblen Kraftwerke sein“, liest man sogar im DIW-Wochenbericht 18 des aktuellen Jahres 2024. Etwas schräg die weiteren Erkenntnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unter Federführung der Universalwissenschaftlerin Professorin Kemfert: Die Versorgung ohne Kohle und Kernkraft im Jahr 2030 sei sicher. Der Ausstieg aus Kohle und Gas solle beschleunigt werden. Die Preisspitzen beim Strom seien im Übrigen auf die französischen Kernkraftwerke zurückzuführen.

Vermutlich befolgte hier Minister Habeck die „follow-the-science“-Forderung, ohne allerdings andere Wissenschaftler oder die Praktiker bei Netzbetreibern und Versorgern anzuhören. Er wird sich vom grünen Fußvolk peinliche Fragen anhören müssen, galt doch der im Koalitionsvertrag genannte vorgezogene Kohleausstieg als ein in Aussicht stehender Triumph nach dem erreichten Atomausstieg.

Habeck ist nicht nur von der Wirklichkeit umzingelt, sondern steht auch mit dem Rücken zur Wand. Er will „voll ins Risiko gehen – vielleicht gelingt es ja auch“. Eine Vorstellung von der Bedeutung kritischer Infrastruktur scheint er nicht zu haben. Was passiert, wenn es nicht gelingt, sagt er nicht. Er ist ein Zocker, der nach eigenem Bekunden mit Deutschland nichts anzufangen weiß, von Unternehmern aber Standortpatriotismus verlangt. Er benutzt einen Gesetzentwurf (des Gebäudeenergiegesetzes), um zu testen, wie weit er seine grünen Allmachtsphantasien ausleben kann. Die Menschen im Land als Laborratten der Grünen. Einem Drehbuchschreiber wäre so etwas nur im Fantasy-Genre eingefallen.

Der Staatsplan

Im Kraftwerkssicherheitsgesetz stehen, wie zu erwarten war, kleinteilige staatsplanerische Vorgaben, die offenbar wieder ohne jegliche Plausibilitätsprüfung gemacht wurden.

Noch bis Ende dieses Jahres oder Anfang des nächsten sollen Ausschreibungen veröffentlicht werden für 12,5 Gigawatt (GW) Gaskraftwerksleistung, also etwa 25 Anlagen. Zeitnah sollen auch fünf GW H2-ready (also vorbereitet für den Betrieb mit Wasserstoff) und zwei GW auf Wasserstoff umzubauende Anlagen ausgeschrieben werden. Dazu 0,5 GW sofort H2-fähige Kraftwerke (die es technisch, zumindest hinsichtlich

von Gasturbinen, noch gar nicht gibt) und 0,5 GW Speicherleistung. Diese ist allerdings relativ uninteressant, entscheidend ist die Kapazität in Gigawattstunden (GWh).

In einer zweiten Phase sollen bis 2045 weitere fünf GW „klimaneutrale“ Kraftwerke dazu kommen. Treffender hätte man sie emissionsfrei nennen können, aber der Klimabegriff muss immer mit rein.

Vor allem im „netztechnischen Süden“, von mir früher als Südzone bezeichnet, sollen diese Kraftwerke errichtet werden, um die hohen Redispatchkosten zu senken. Die Südzone unterscheidet sich vom geographischen Süden durch eine Zonengrenze, die annähernd der Mainlinie entspricht. Sie hätte sich mit Sicherheit in Richtung NRW verschoben, wenn dort der vorgezogene Kohleausstieg 2030 erfolgen würde, was nun vom Tisch ist.

Ab 2028 soll der noch mit der EU-Wettbewerbskommission zu vereinbarende Kapazitätsmarkt greifen, der auch die neu in Reserve stehenden Kraftwerke vergütet. Mit den Ausschreibungen macht das Ministerium wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten. Investoren, die sich auf die Ausschreibungen bewerben, wissen nicht, wie sie die Reservestellung ihrer künftigen Gaskraftwerke vergütet bekommen. Das ist aber eine wichtige Kalkulationsgrundlage, denn die Vollastbetriebsstunden, in denen Strom am Markt verkauft werden kann, schätzt man auf nur 800 – von 8.760 Jahresstunden.

Auch mit diesem Gesetz soll wieder den Bürgern in die Tasche gegriffen werden. Ab 2030 stellt man eine neue Umlage auf den Strompreis in Aussicht in Höhe einer „Nachkommastelle“. Verivox schätzt die zusätzliche Belastung für einen Normal-Haushalt auf ein bis drei Euro pro Monat. Das wäre vergleichsweise jetzt so viel wie eine Kugel Eis. Diesen Vergleich hatten wir schon mal.

Es geht um die Sicherheit, wozu es Gaskraftwerke braucht. Nebenbei wird auch der Klimaschutz noch ein bisschen mehr kosten. Landwirtschaftsminister Özdemir hält eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf Fleisch auf neun oder zehn Prozent für geboten. Das sei zumutbar und die Kunden würden es kaum merken. Am Ende zählt für die Bevölkerung die Summe der verschiedenen Eiskugeln. Überbezahlte Politiker werden es in der Tat kaum bemerken.

Fazit

Die ausgeschriebenen Kapazitäten werden absehbar nicht ausreichen. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) geht von 25 GW bis 2030 aus. Auch eine Umlage als Nachkommastelle wird nicht reichen. Derzeit machen Umlagen 31 Prozent des Strompreises aus, 30 Prozent die Netzentgelte. Beim Netzausbau jongliert man inzwischen mit dreistelligen Milliardenbeiträgen, dass einem schwindlig wird. Es lässt sich auch nicht mehr verschleiern, dass der grüne Zufallsstrom die Ursache setzt.

Das steht nun sogar in der „Frankfurter Rundschau“:

„Damit vor allem im Norden produzierter Windstrom in die großen Verbrauchszentren kommt, sollen Tausende Kilometer neue Stromtrassen gebaut werden. Das ist allerdings sehr teuer.“

Die Energiepolitik der Ampel trägt wesentlich zur Krise des Staatshaushalts bei. Die Energiewende wird am Geldmangel verhungern.

Inzwischen nehmen die Schwankungen des eingespeisten Ökostroms weiter zu. Am 16. Juli 2024 wurde mit 325 Stunden negativer Preise bereits der Wert des Gesamtjahres 2023 erreicht. Die täglichen Preisschwankungen an der Börse nehmen weiter zu. Es ist eine Frage der Zeit, wann sich auch physische Folgen zeigen.

Es zeichnet sich ab, dass künftig viele Gesetze geändert werden müssen. Herr Habeck wird dann, mit einer gesicherten Altersversorgung im Rücken, wieder Kinderbücher schreiben können.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Kalter Sommer: Ist die Sonne die Erklärung? Valentina Zharkova – Klimawissen – kurz&bündig

geschrieben von AR Göhring | 25. Juli 2024

No. 27. Die Medien und die offiziöse Wissenschaft vom Potsdam-Institut und zahlreichen anderen NGOs behaupten, das Klima der Erde würde vom industriellen Kohlendioxid verursacht.

Diese Behauptung hat sich erst am Ende der 1980er im politisch-medialen Komplex durchgesetzt – zuvor wurde eher mit solaren Zyklen und deren Folgen argumentiert.

Sehr bekannt zum Beispiel ist das Maunder-Minimum: Die Korrelation von (wenigen) Sonnenflecken und irdischer Kälte ist damit gut belegt. Die CO₂-Forscher lassen diese Erklärung aber gerne unerwähnt, weil sie die Geschichten vom galoppierenden Treibhauseffekt grundsätzlich in Frage stellt.

Valentina Zharkova von der Northumbria University in Newcastle, England liefert eine ganz andere spannende Theorie... Hier im Video!

Der Solarboom ist vorbei? In den letzten sechs Monaten ist die europäische Produktion von PV-Panels um die Hälfte eingebrochen...

geschrieben von Andreas Demmig | 25. Juli 2024

Von Jo Nova

Deutsche Solarmodulhersteller mit vierzigjähriger Tradition schließen Fabriken, die sie erst vor drei Jahren eröffnet haben.

Das Verbrenner-Aus ist noch lange nicht vom Tisch

geschrieben von Admin | 25. Juli 2024

Wird das Verbrenner-Verbot aufgehoben? Das ist alles andere als sicher. Ursula von der Leyen hält sich bedeckt. Und ob E-Fuels eine echte Alternative darstellen, bleibt ebenso ungewiss. Klar ist nur eins: Die deutsche Autoindustrie darbt unter den Verordnungen.

Von Holger Douglas

Es brennt lichterloh bei den Zulieferern der Autohersteller. Das Dach steht in hellen Flammen, das Gerippe bricht langsam auseinander. So beschreibt ein Insider gegenüber TE die Lage im Automobilsektor, einem der wichtigsten Wirtschaftsbereiche Deutschlands. Die großen Zulieferer verdienen kaum mehr Geld, die Kleineren machen Verluste und bekommen kaum mehr Kredite, werden teilweise von den großen Zulieferern über Wasser gehalten. Die wissen: Wir brauchen die noch. Klar ist nur: Wenn nicht schnell etwas geschieht, bricht der automobile Unterbau weg.

Versprochen hatte die wiedergewählte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, dass das Verbrenner-Verbot ab 2035 geprüft werden müsse. Die CDU ist damit während des Wahlkampfes hausieren gegangen. Das Verbrenner-Aus sei Geschichte, hatte noch Manfred Weber (CSU), Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), getönt – allerdings nach der Bewerbungsrede von der Leyens und vor ihrer Wahl.

Die hatte jedoch nur gesagt, dass sie eine gezielte Änderung der Verordnung verfolgen wolle. Sie hatte bei den Grünen antichambriert, weil sie deren Stimmen zur Wiederwahl benötigte. Nach außen ist bis jetzt nicht bekannt, was von der Leyen versprochen hatte. Jedenfalls stellten die Grünen gleich klar, wohin der Hase laufen soll: Am Autoverbot wird nicht gerüttelt, E-Fuels sollen ein Nischenprodukt bleiben.

Jedenfalls lässt sich mit einem Nischenprodukt keine Infrastruktur für eine funktionierende Energieversorgung betreiben. Der grüne Michael Bloss, ausgerechnet noch aus Autostadt Stuttgart, will »Auto weg«. Ob das allen Stuttgartern bei der Europawahl klar war, darf bezweifelt werden.

Zu der politisch gewollten Vernichtung von Automobil und Automobilindustrie gehören seit Anfang an Lug und Trug. Dies beginnt mit der verwegenen Idee, dass ein Elektroauto keine Abgase ausstößt – weil es keinen Auspuff hat.

Der Auspuff des Elektroautos steht nur woanders, im Kohlekraftwerk nämlich, in dem der Strom erzeugt wird. Und der wiederum gilt in grüner Anschauung als »schmutzig«. Ein E-Auto steht allerdings in der sogenannten CO2-Bilanz nicht schlechter da als ein Auto, dessen Verbrennermotor mit Benzin und oder Diesel angetrieben wird.

Es gilt derzeit die Verordnung 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023. Dort heißt es, »zu den emissionsfreien Fahrzeugen zählen derzeit batterieelektrische Fahrzeuge, Fahrzeuge mit Brennstoffzellenantrieb und andere mit wasserstoffbetriebene Fahrzeuge ... Emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge, zu denen auch leistungsfähige Plug-in-Hybridfahrzeuge gehören, können für den Wandel weiterhin eine Rolle spielen.«

Sogenannte E-Fuels sollen die Lösung sein. Das sind mit Hilfe von viel Energie hergestellte Kraftstoffe aus Kohlenwasserstoffen. Wasserstoff mit Hilfe von CO2 aus der Luft in Methanol umgewandelt und daraus wieder synthetisches Benzin gemacht. Die Energie dazu soll Strom liefern, der muss natürlich »grün« sein, wie es in grüner Märchensprache heißt, also mit Strom aus Sonne und Wind erzeugt werden. Jeder Schritt ist mit erheblichen Energieverlusten behaftet, das macht E-Fuels teuer.

Technisch funktioniert das natürlich, die üblichen Verbrennungsmotoren kommen damit zurecht. Doch bis E-Fuels aus dem Zapfhahn der Tankstelle in den Autotank fließen können, sind erhebliche Umwandlungsschritte notwendig.

Über die derzeitige Utopie »E-Fuels« wird der Kampf gegen das Automobil geführt. Während die einen E-Fuels als Rettungsanker sehen, über den Verbrennerautos eine Zukunft haben, bekämpfen grüne Lobbytruppen diese Versuche vehement. Es handele sich um einen sehr speziellen Kraftstoff, der kurz- und mittelfristig an Tankstellen kaum verfügbar sein werde, so

zitiert das ZDF aus einem internen Papier des Kraftstoff-Referates im Verkehrsministerium.

Der Kraftstoff der Zukunft ist noch vollkommen offen. Welche Art sich durchsetzen wird, entscheiden Markt und Akzeptanz, nicht Brüsseler Politbüros, schon gleich gar nicht linksgrüne NGOs.

Festzuhalten bleibt: Öl und Gas bleiben auch auf Jahrzehnte hinaus die wichtigsten Energieträger. Die Förderung von Kohlenwasserstoffen ist ein riesiger und auch ein sehr wichtiger Markt. Darauf basiert die Energieversorgung der Menschheit – auch noch in den nächsten Jahrzehnten. Weltweit zumindest gesehen.

»In der Gesamtdarstellung des weltweiten Energiemixes, d.h. der tatsächlich konsumierten Energie, inklusive der Erneuerbaren, dominieren die fossilen Energieträger bei weitem.« Das schrieb die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe noch in ihrer Energiestudie, bevor die Anstalt auf grün gedreht wurde.

Wie sich das in Europa – oder genauer: in Deutschland – entwickeln wird, ist derzeit offen. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, ratlos: »Nur Ausnahmen vom Verbrenner-Verbot zuzulassen, reicht nicht. Eine Schlüsselkompetenz Europas würde dann doch schleichend verloren gehen.«

CDU und CSU mögen mit CSU-Chef Markus Söder nach außen noch so laut fordern, das Verbrenner-Aus zurückzunehmen. Appelle prallen an der grünen Front ab. Solange der Brüsseler Apparat noch durchgegrünt ist, verläuft die Front weiter gegen die Autoindustrie. Das Verbrenner-Aus ist noch lange nicht vom Tisch. Dem Wirtschaftsrat der CDU bleibt nur übrig, einen Habeck auszubuhen.

Offen, warum eine CDU sich hinter von der Leyen gestellt hat, von der bekannt ist, wie wenig sie sich um Abmachungen schert. Festzuhalten bleibt: Wer CDU gewählt hat, wählt also grün und das Aus der Autoindustrie.

Nicht neu übrigens: Merkel – die war mal Kanzlerin – hatte schon das Todeslied auf das Automobil gesungen und von einer Million Elektroautos auf den Straßen geträumt. Im Jahr 2020 wohlgemerkt. Was daraus geworden ist, erleben wir derzeit.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Aktualisierung: Neues zum stratosphärischen Wasserdampf

geschrieben von Chris Frey | 25. Juli 2024

Cap Allon

Während in Australien in letzter Zeit eine Abkühlung zu verzeichnen war, ist die Thermometer weltweit in den letzten 12 oder mehr Monaten leicht gestiegen, was vor allem auf die beispiellose Injektion von stratosphärischem Wasserdampf nach dem Vulkanausbruch Hunga Tonga-Hunga Ha'apai zurückzuführen ist. Unter Bezugnahme auf die wenigen Studien, die zu diesem Thema durchgeführt wurden, wird aktuell eine Abkühlung in Australien vorhergesagt.

Der zusätzliche Wasserdampf in der Stratosphäre, die ~150 Tg, die Anfang 2022 zugeführt wurden, ist das entscheidende Klima-Ereignis der letzten zwei Jahre (H_2O ist das stärkste Treibhausgas), wird aber von den etablierten Klimawissenschaftlern ständig unter den Teppich gekehrt und von der Presse noch weniger erwähnt.

Und das, obwohl die NASA selbst seine Bedeutung leise einräumt.

Wie auf der Website der Behörde zu lesen ist, führte der Ausbruch des Unterwasservulkans Hunga Tonga-Hunga Ha'apai (HT-HH) „zur größten stratosphärischen Aerosolstörung seit dem Ausbruch des Pinatubo“. ... „Studien haben angenommen, dass HT-HH aufgrund seiner größeren und beständigeren Wasserdampffahne einen Nettoerwärmungseffekt auf die Oberfläche haben wird.“

Eine der wenigen Studien zu diesem Thema ist „Long-term climate impacts of large stratospheric water vapor perturbations“ (Langfristige Klimaauswirkungen großer stratosphärischer Wasserdampfstörungen), veröffentlicht im Journal of Climate. Darin heißt es, dass große stratosphärische Wasserdampfanomalien „zu einer starken und anhaltenden Erwärmung der Landmassen der nördlichen Hemisphäre im borealen Winter und zu einer **Abkühlung im australischen Winter über Australien** führen, und zwar noch Jahre nach dem Ausbruch.“

Weiter heißt es:

„Vulkanausbrüche kühlen die Erdoberfläche normalerweise ab, indem sie Schwefeldioxid freisetzen, das sich dann in Aerosole verwandelt, die das Sonnenlicht reflektieren. Bei [HT-HH] wurde jedoch eine erhebliche Menge Wasserdampf – ein starkes Treibhausgas – in die Stratosphäre freigesetzt“.

Die Studie geht auf die Folgen einer so großen stratosphärischen Injektion von WV ein und stellt fest, dass „die Temperaturen in weiten

Teilen der Welt über mehrere Jahre hinweg um mehr als 1,5 °C steigen, obwohl es in einigen Gebieten zu einer Abkühlung von fast 1 °C kommt.“

Die Forscher verwendeten Chemie-Klimamodell-Simulationen, um diese Effekte zu entschlüsseln, und sie zeigen, dass solche SWV-Anomalien „Auswirkungen auf die Oberfläche auf einer dekadischen Zeitskala haben können. ... Unsere WACCM-Simulationen zeigen weltweit signifikante Anomalien der Temperatur und des Niederschlags, die ihren Höhepunkt in den Jahren 3 bis 7 nach der anfänglichen Injektion der Wasserdampffahne in die Stratosphäre erreichen, z. B. in den Jahren 2025 bis 2029 für HT-HH, aber auch schon früher auftreten können.“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Wasserdampf im Gegensatz zu schwereren vulkanischen Aerosolen weniger von der Schwerkraft beeinflusst wird und länger in der Schwebe bleibt, was seine erwärmende Wirkung verstärkt. Erhöhter stratosphärischer Wasserdampf erhöht die globalen Temperaturen, das wird nicht bestritten, aber es wird seit dem 15. Januar 2022 verdächtig umgangen.

Die Dissipation dieses Wasserdampfs wird schließlich durch verschiedene atmosphärische Prozesse erfolgen, darunter photochemische Reaktionen und die allmähliche Ablagerung in der unteren Atmosphäre. Der genaue Zeitplan für die Auflösung ist ungewiss, aber Modelle deuten darauf hin, dass die erhöhte Feuchtigkeit in der Stratosphäre wahrscheinlich mehrere Jahre anhalten wird, bevor sie auf das Niveau vor dem Ausbruch zurückkehrt.

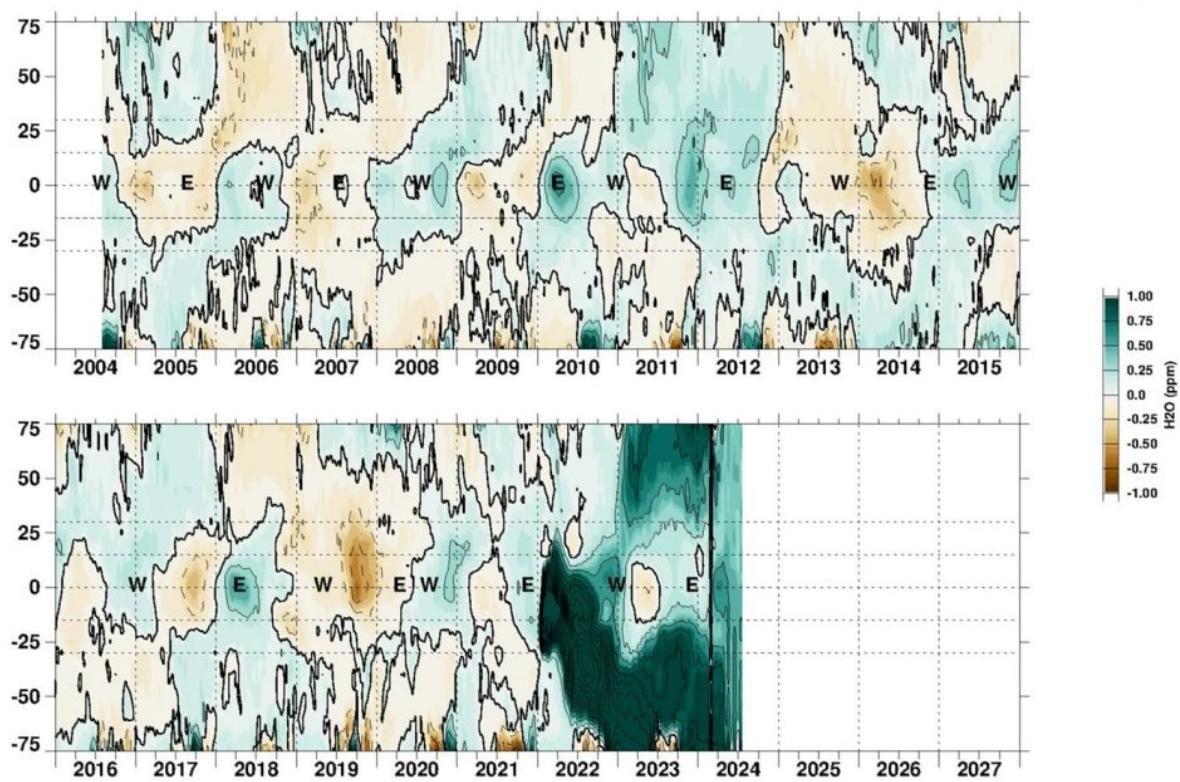
Wenn dies geschieht, wird der vorübergehende Erwärmungseinfluss nachlassen, und ich erwarte, dass die globalen Temperaturen in der unteren Troposphäre wieder auf den Ausgangswert zurückkehren, der vor dem Beginn der HT-HH-Wärmewirkung im Jahr 2023 lag (eine Verzögerung, die durch die Zeit verursacht wird, die der injizierte Wasserdampf braucht, um sich in der Schicht zu mischen und zu verteilen).

Um das SWV-Volumen und die Ausbreitung zu verfolgen, stehen uns die täglichen V5-Wasserdaten des NASA JPL Microwave Limb Sounder (MLS) auf dem NASA-Satelliten Aura zur Verfügung. Dieses Diagramm zeigt Wasserdampfdaten auf verschiedenen Druckniveaus und in verschiedenen Breitengraden. Die Wasserdampfkonzentration wird in Teilen pro Million (ppm) angegeben. „E“ und „W“ markieren Perioden mit östlichen und westlichen Winden.

Hier das **31,6 hPa-Niveau der Breitengrade -75° to 75°:**

H_2O

31.6hPa



Gauss filter, half-amp.= 20.0 days

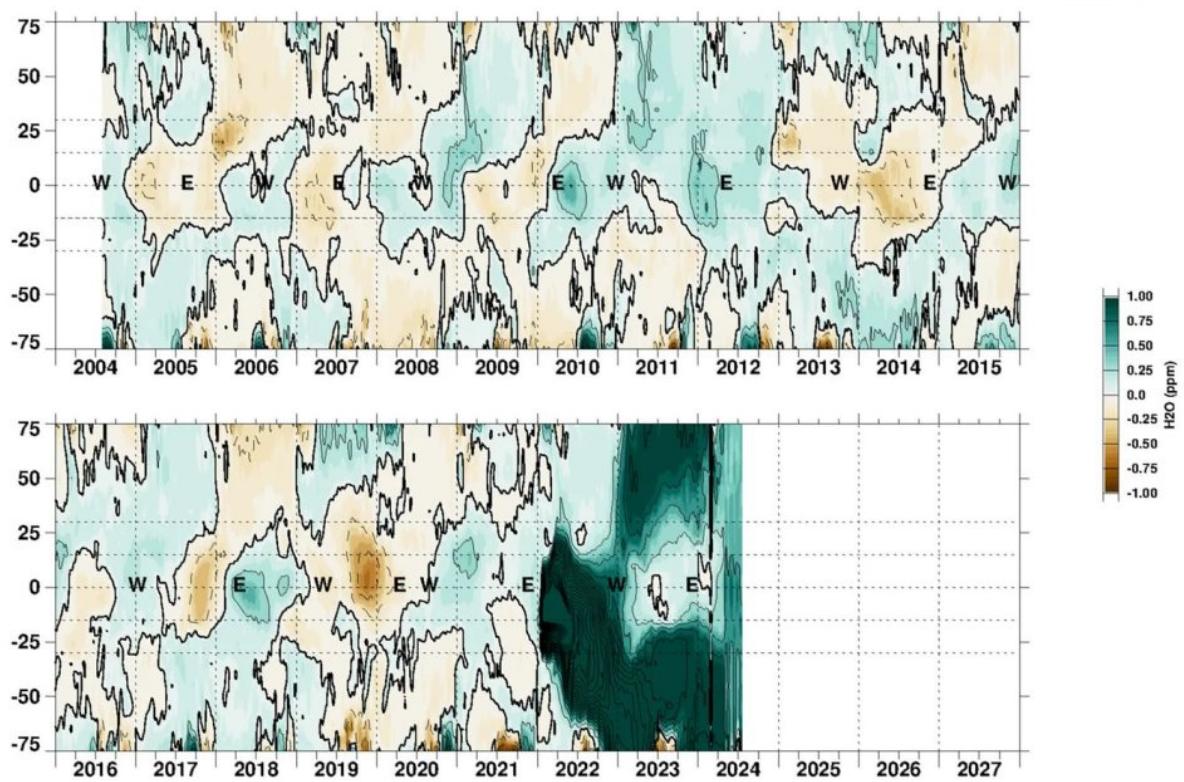
Paul A. Newman, Natalya Kramarova (NASA/GSFC) Thu Jul 18 10:20:01 2024 GMT

Aura MLS

Hier das 26,1hPa-Niveau der Breitengrade -75° to 75°:

H₂O

26.1 hPa

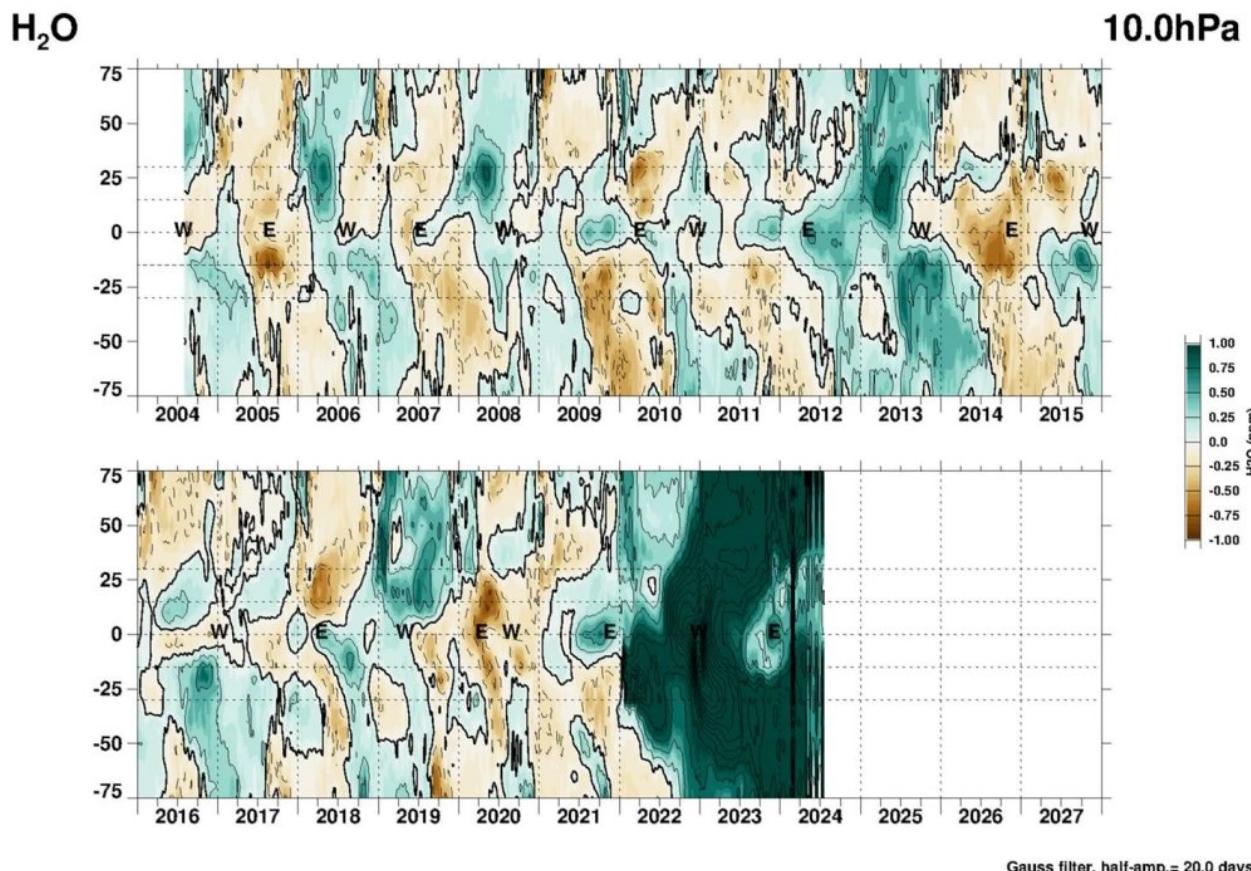


Gauss filter, half-amp.= 20.0 days

Paul A. Newman, Natalya Kramarova (NASA/GSFC) Thu Jul 18 10:18:35 2024 GMT

Aura MLS

Und hier das **10,0 hPa-Niveau der Breitengrade -75° to 75°**:



Paul A. Newman, Natalya Kramarova (NASA/GSFC) Thu Jul 18 10:15:15 2024 GMT

Gauss filter, half-amp.= 20.0 days
Aura MLS

In den etablierten wissenschaftlichen Kreisen gibt es einen großen, fetten grünen Elefanten im Raum, den NIEMAND diskutieren will. Und warum? Weil es zeigen würde, dass natürliche Einflüsse die Oberhand haben.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/cold-records-from-1899-fall-in-queensland?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email (Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE